

## **Wahlprüfsteine Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Brandenburg**

*Unsere Forderung:*

*Wir fordern einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut mit Schwerpunkt auf den genannten drei besonders betroffenen Familienkonstellationen.*

*Wie will Ihre Partei erreichen, dass Familien ein existenzsicherndes Einkommen zur Verfügung haben?*

Um Armut effektiv zu bekämpfen, müssen sich die Einkommen der Bürger erhöhen. Wir brauchen ein soziales Netz, welches vor Armut, unabhängig von der Lebenssituation schützt und wir benötigen ausreichend sozialen Wohnraum. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz. Wir wollen es durch eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen. Niemand darf durch Sanktionen eines Jobcenters die Wohnung verlieren.

Wir wollen die Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis – einen statt mehrerer Jobs mit einer armutsfesten Entlohnung, von der man leben kann. Von einer positiven Wirtschaftsentwicklung müssen auch die Arbeitnehmer\*innen profitieren – sie muss auch zu steigenden Löhnen führen, die Kaufkraft und Binnennachfrage stärken. Dazu gehört auch die Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit – für Ost und West ebenso wie für Frauen und Männer. Die Leiharbeit wollen wir begrenzen und langfristig abschaffen. Insbesondere die Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir ausweiten. Erwerbslosigkeit ist kein individuelles Versagen, es ist ein gesellschaftliches und politisches Versagen. Wir geben niemanden auf. Was wir auf Landesebene tun konnten, um Erwerbslosigkeit und insbesondere Langzeiterwerbslosigkeit zu verringern, haben wir getan. Neben der Fortführung des Programms »Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften« wollen wir den mit den Sozialbetrieben initiierten Ansatz zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) ausbauen. Die mit dem Teilhabechancengesetz (§ 16i und § 16e SGB II) verbundenen Möglichkeiten wollen wir intensiv nutzen und in unsere Landesprogramme einbinden. Gesellschaftlich wichtige Arbeit soll in dauerhafte, sichere und armutsfeste Beschäftigungsverhältnisse in öffentlicher Verantwortung überführt werden.

Gute Arbeit bedeutet mehr als gute Löhne. Sie bedeutet flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den Interessen und Lebenswirklichkeiten der Arbeitnehmer\*innen orientieren, sie bedeutet Bildungs- und Aufstiegschancen, sie bedeutet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Standards hierfür weiterzuentwickeln und durchzusetzen ist zentrales Anliegen LINKER Politik. Das Brandenburger Bündnis für gute Arbeit wollen wir auch künftig stärken. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Bündnisses ist die Ausweitung der Tarifbindung. Nur noch 18 Prozent der Brandenburger Unternehmen sind in der Tarifbindung und nur 45 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tariflich gesicherten Arbeitsverhältnissen. Diesen Missstand wollen wir weiter bekämpfen. Gute Arbeit bedeutet auch gute Möglichkeiten zur Weiterbildung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss selbstverständlich sein. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Einhaltung des Lohntransparenzgesetzes und des Landesgleichstellungsgesetzes für diese Belange konsequent durchzusetzen.

Wir wollen:

- einen armutsfesten Vergabemindestlohn. Um im Alter eine Rente über der Grundsicherung zu erhalten muss ein\*e Arbeitnehmer\*in im Moment 13 Euro pro Stunde verdienen. Wir werden deshalb den Vergabemindestlohn auf diese Höhe anpassen und jährlich überprüfen.
- öffentliche Aufträge und Förderungen an eine Tariftreueregelung binden.

*Wie will Ihre Partei die Folgen von Armut, insbesondere für Kinder und Jugendliche, in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Freizeit diskriminierungsfrei ausgleichen?*

Armut, Armutsgefährdung und Kinderarmut gehören nach wie vor zu den drängendsten sozialen Problemen im Land. Kinderarmut ist kein Problem, das isoliert gelöst werden kann, denn Kinderarmut bedeutet immer auch Armut der Eltern. Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern sind hiervon betroffen. Notwendig sind Konzepte und Maßnahmen, die den Familien als Ganzes zugutekommen. Zugleich müssen Nachteile für Kinder und Jugendliche aus armen Familien durch staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden.

DIE LINKE kämpft dafür, dass jedes Kind gleichberechtigt sein Recht auf Bildung, Teilhabe und gesundes Aufwachsen wahrnehmen kann. Kinderarmut hat viele Ursachen und liegt deshalb in den Händen vieler Verantwortlicher. Deshalb braucht es ineinandergreifende Unterstützungen, die wirklich ankommen.

Deshalb wollen wir:

- uns in der Landesregierung gemeinsam mit anderen Bundesländern auf der Bundesebene weiter für die Einführung einer Kindergrundsicherung einsetzen.
- Familienarmut durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekämpfen.
- »Familienpässe« zur Erleichterung des Zugangs zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen fortführen.
- die Umsetzung des Präventionsgesetzes und der seit 2015 bestehenden Kindergesundheitskonferenzen weiter vorantreiben.
- die Familienferienzuschüsse in Höhe von 300.000 Euro jährlich verstetigen und die finanzielle Unterstützung der Kinder- und Jugendholungscentren (KiEZ'e) im Land ausbauen.
- den Wettbewerb »Familien- und Kinderfreundliche Gemeinde« fortsetzen und gute Beispiele landesweit bekannt machen.
- die Ergebnisse des von der LINKEN initiierten landesweiten Runden Tisches gegen Kinderarmut zügig umsetzen.
- die Einrichtung weiterer regionaler Runder Tische unterstützen und fördern, sowie regionale Aktivitäten im Kampf gegen Kinderarmut und ihre Folgen unterstützen. Dabei orientieren wir uns am »Dormagener Modell«: ein koordiniertes Netzwerk aus Jugendamt, Sozialarbeiter\*innen, Ärzt\*innen und Lehrer\*innen unterstützt dort betroffene Familien vom Tag der Geburt an.
- bestehende Projekte, insbesondere das Modellprojekt der »Schulgesundheitsfachkräfte« fortführen und ausbauen.
- eine möglichst unbürokratische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets sichern.

*Unsere Forderungen:*

*Arbeitsmarktinstrumente müssen stärker an den Belangen von Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ausgerichtet werden.*

*Wir fordern eine stärkere Fokussierung auf Familienzeitpolitik (Job-Sharing, Sabbaticals, Teilzeitausbildung, Zeitbudget für familiale und gesellschaftliche Sorgeaufgaben).*

*Wie möchte Ihre Partei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Brandenburg weiter verbessern?*

Wir wollen Familien unterstützen. Dazu zählt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf.

Zum einen muss in den Familien Erziehungsarbeit geleistet werden, zum anderen zwingen der demografische Wandel und der Fachkräftemangel immer mehr Familien dazu, ihre Angehörigen selbst zu pflegen. Beides muss mit der Berufstätigkeit vereinbar sein und dazu braucht es gut ineinander verzahnte Rahmenbedingungen. Zudem braucht es umfangreiche Kinderbetreuungsangebote, die nicht nur die Kernarbeitszeiten abdecken. Zur Vereinbarkeit

von Pflege und Familie müssen gerade im Bereich der Pflege ambulante Strukturen professionalisiert und ausgebaut werden. Der Staat ist hier auf allen politischen Ebenen in der Pflicht. Auch auf Landesebene kann trotz aller Errungenschaften noch viel getan werden.

Deshalb wollen wir:

- das kinder- und familienpolitische Programm der Landesregierung mit seinen zentralen Elementen „Netzwerke für gesunde Kinder“, den „Lokalen Bündnissen für Familie“ und den „Eltern-Kind-Gruppen“ weiterentwickeln und kontinuierlich umsetzen.
- Familienverbände und Mehr-Generationen-Häuser stärken.
- zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis einrichten. Sie sollen über Rechtsansprüche und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung staatlicher und weiterer Leistungen unterstützen.
- uns über eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Familienpflegezeitgesetzes einsetzen, damit künftig kein Angehöriger aus der gesetzlichen Krankenversicherung fällt, weil er seine Familienmitglieder pflegt.

Zudem wollen wir eine Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorge-Arbeit.

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander tragen und wir wissen, dass sich an der Familienarbeit gerne mehr Männer beteiligen würden, wenn die ökonomischen Verhältnisse dieses zuließen. Sie können genauso gut die Erziehung der Kinder und auch die Pflege älterer Angehöriger übernehmen wie Frauen. Das setzt allerdings voraus, dass nicht nur die Familienarbeit umverteilt werden muss, sondern auch eine Umverteilung der gut bezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen stattzufinden hat. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung, Betreuung und Pflegearbeit innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern ein.

Außerdem muss im Bereich Arbeit noch viel getan werden.

*Welche Faktoren sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Ihrer Sicht maßgeblich? Wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?*

Im Bereich Arbeit gibt es noch viel Optimierungspotenzial, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu befördern, denn gute Arbeit bedeutet mehr als gute Löhne. Sie bedeutet flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den Interessen und Lebenswirklichkeiten der Arbeitnehmer\*innen orientieren und sie bedeutet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Standards hierfür weiterzuentwickeln und durchzusetzen ist zentrales Anliegen LINKER Politik.

Das Bündnis für gute Arbeit wollen wir auch künftig stärken.

Wir wollen:

- zeitgemäße und flexible Arbeitszeitmodelle, die die Bedürfnisse von Familien und Alleinerziehenden berücksichtigen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die Einhaltung des Teilzeitgesetzes. Neben dem Recht auf Teilzeit muss auch das Recht auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung umgesetzt werden.
- flexible Angebote der Nachmittagsbetreuung, insbesondere für Alleinerziehende und Kinder mit Behinderungen.
- die Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ in eine institutionelle Förderung überführen, um das Beratungsangebot dauerhaft aufrechterhalten zu können.

*Wie wollen Sie flexible, an den Bedarfen orientierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten fördern?*

Wir treten dafür ein, dass der Zugang zu Bildung unabhängig von den Voraussetzungen des Kindes, seiner Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern gesichert wird. Deshalb muss der Zugang zu Bildung kostenfrei sein. Ebenso müssen Kitas flächendeckend erhalten und betrie-

ben werden. Hierzu ist ein Höchstmaß an organisatorischer Flexibilität gefragt. Die Grundlagen für eine gute Bildung werden am Anfang gelegt. Kinder haben ein Recht auf Bildung! Als erste Bildungseinrichtung müssen die Kitas diesem Anspruch gerecht werden. Eine gute Qualität der Kitas sichert Chancen auf ein gutes Leben. Einige Parameter haben sich in Brandenburg in den letzten Jahren verbessert. Das kann aber nur ein Anfang sein.

*Unsere Forderungen:*

*Wir fordern eine weitere Verbesserung des Personalschlüssels in den Kindertagesstätten und die Weiterführung der Elternbeitragsfreiheit in Kitas auch für jüngere Kinder und Hortkinder. Wir fordern die Einführung eines kostenlosen Mittagessens und die Durchsetzung gesundheitlicher Qualitätsstandards in allen Kindertagesstätten und Schulen. Wir fordern die Einführung der Lehrmittelfreiheit. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss muss massiv verringert werden, um den Kreislauf von Arbeitslosigkeit und Armut zu durchbrechen.*

Diesen Forderungen stimmen wir vollinhaltlich zu: Mit der Beitragsfreistellung des letzten Kitajahres und der Beitragsbefreiung von Familien mit niedrigen Einkommen sind wir auf dem Weg zu einer kostenfreien Kita einen wichtigen Schritt vorangekommen. Die Personalausstattung der Kitas haben wir verbessert, den Betreuungsschlüssel in mehreren Schritten verringert, so dass Erzieher\*innen weniger Kinder gleichzeitig betreuen müssen. Zunehmend spüren wir auch in den Brandenburger Kitas den Fachkräftemangel. Wir werden daran arbeiten, dass sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen ändern, um den Erzieher\*innenberuf attraktiver zu machen.

Im schulischen Bereich wollen wir Lernmittelfreiheit für alle Schüler\*innen. In Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten wollen wir die Beförderung der Schüler\*innen elternbeitragsfrei machen. Ein kostenloses Mobilitätsticket für alle Kinder und Jugendlichen ist für uns ein Einstieg in den fahrscheinlosen ÖPNV. Ebenso treten wir für die flächendeckende Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften im Rahmen multiprofessioneller Teams an den Schulen ein. Wir werden uns zunächst für die Bereitstellung eines gesunden, warmen und kostenfreien Mittagessens für Schüler\*innen der 1. bis zur 6. Klasse stark machen, um diesen Standard dann allgemein und flächendeckend für alle Schüler\*innen zu übernehmen.

*Wird Ihre Partei die Fachkraft-Kind-Relation in Brandenburg weiter senken, um Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?*

Es geht uns um eine verbesserte Qualität in der Betreuung und Bildung. Hierfür sind viele Maßnahmen notwendig. Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode für einen verbesserten Betreuungsschlüssel eingesetzt und werden weiter daran arbeiten. Durch die Entlastung der Kita-Leitungen würden mehr Spielräume für die individuelle Förderung der Kinder, für Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit und Diagnostik gewonnen. Wir treten für ein grundlegend neues und transparentes Kita-Gesetz ein, das den längeren Betreuungszeiten ebenso gerecht wird wie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder. Hierfür müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dieses Gesetz wollen wir mit allen Beteiligten diskutieren, um die besten Lösungen zu ermöglichen. Ebenso werden wir die Kommunen bei der Neuschaffung von Kita-Plätzen unterstützen.

*Unsere Forderungen:*

*Um Familienbildung, Familienberatung und Familienfreizeit/-urlaub flächendeckend anbieten zu können, fordern wir die Entwicklung und den Ausbau von Familienzentren.*

*Damit Teilhabe sichergestellt wird, fordern wir einen angemessenen und kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr für Schülerinnen und Schüler. Familien müssen beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt und vor überfordernden Mieten geschützt werden.*

*Wie steht Ihre Partei zum Verfassungsziel, die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu erreichen? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Umsetzung dieser Gleichwertigkeit?*

Um regionale Nachteile auszugleichen und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Brandenburgs zu sichern, sehen wir drei wesentliche Ansatzpunkte:

Erstens muss die soziale (medizinische Versorgung, Kita und Schule) und technische Infrastruktur (Versorgung, Nahverkehr, Internet und Mobilfunk, Wasser und Abwasser) in den Regionen auf einem stabilen Niveau gehalten oder sogar verbessert werden, gerade auch, wenn eine Region schrumpft. Es gilt, den Teufelskreis von Abwanderung und infrastruktureller Ausdünnung zu überwinden.

Zweitens benötigen wir Anreizstrukturen, um die Menschen in den betroffenen Regionen zu halten oder wieder anzusiedeln. Dazu gehören gute Jobs, Stipendien für Landärzte, die Unterstützung von Landlehrern und die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen. Letzteres würde auch zu einer Entlastung der Pendlerströme führen.

Drittens müssen die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten sowie finanziellen Spielräume in den Regionen und Dörfern gestärkt werden. Die dort lebenden Menschen sollen ihre Prioritäten selbst setzen, denn sie wissen am besten, wo der Schuh drückt und welche Stärken entwickelt werden sollen.

*Unsere Forderung:*

*Wir fordern die Wiedereinsetzung eines Landesbeirats für Familienpolitik, der mit der Herausgabe eines Familienberichtes betraut wird, der im Wesentlichen dreiteilig gegliedert ist: Familienbefragung, wissenschaftliche Expertise und politische Handlungsempfehlungen.*

*Wie steht Ihre Partei zur Einsetzung eines Landesbeirates für Familienpolitik?*

Einen Landesbeirat für Familienpolitik gab es bereits und wurde gelobt bzw. für sinnvoll erachtet. An seiner Stelle trat der Runde Tisch Kinderarmut, der sicher prioritär war, jedoch langfristig nicht die Arbeit eines übergreifenden Landesbeirates Familienpolitik ersetzt. DIE LINKE kann sich den Wiederaufbau eines aktiven Landesfamilienbeirates also gut vorstellen und befürwortet ebenso die regelmäßige Herausgabe eines Familienberichtes. In Brandenburg besteht kaum ein Erkenntnisproblem und viele Daten zu einzelnen Themen sind bereits vorbildlich erfasst und veröffentlicht, jedoch kann der Erkenntnisgewinn sicher optimiert werden, indem die Daten regelmäßig erhoben und kompakt zusammengefasst werden. Das wäre sicher sehr aufschlussreich und ließe Tendenzen, Entwicklungen und Handlungsbedarfe erkennen. So ließe sich ein solcher Bericht gut als Grundlage für die Fortschreibung des Familien- und Kinderpolitischen Programms nutzen. Dieses befürwortet DIE LINKE ausdrücklich.

*Unsere Forderungen:*

*Kinder aus Flüchtlingsfamilien haben wie alle Kinder ab 1 Jahr in Brandenburg das Recht auf einen Kitaplatz, das zu gewähren ist. Familien müssen vorrangig dezentral untergebracht werden, nicht in Gemeinschaftsunterkünften. Eine eigene Wohnung, Arbeit und der Zugang zum Sozialraum sind der beste Weg zur Integration.*

*Wie möchte Ihre Partei interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften in Kindertagesstätten und in der Familienbildung fördern?*

Bei einem Migrationshintergrund ergeben sich unter Umständen für die pädagogische Arbeit der Fachkräfte und für die Zusammenarbeit mit Eltern und Kindern besondere Bedürfnisse. Speziell geflüchtete Familien haben teils mit zusätzlichen Hürden zu kämpfen: mangelnde Kenntnisse der Institutionen und der Bürokratie in der neuen Heimat, begrenzte Deutschkenntnisse, unsicherer Aufenthaltsstatus und nicht zuletzt teils traumatische Erfahrungen in der Vergangenheit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, sich auf die unterschiedlichen Begebenheiten einzustellen, um gemeinsam an einer gelungenen Integration zu arbeiten. Das gegenseitige Verständnis und die Akzeptanz für die unterschiedlichen Lebens- und Denkweisen sind unbedingt zu fördern, denn sie sind Grundvoraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen den Familien und den Einrichtungen. Dafür brauchen sie Unterstützung durch geschultes Personal. Die sprachliche und interkulturelle Schulung des pädagogischen Personals in den Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung stellt ein wichtiges Element dar. Daher braucht es Fortbildungsangebote. Die Kita-Träger sollen dabei unterstützt werden, entsprechende Konzepte zur interkulturellen Kompetenzerweiterung zu erstellen und umzusetzen.

*Wie plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur die Integration von Flüchtlingsfamilien zu fördern?*

Mit dem neuen Landesaufnahmegesetz haben wir die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten in Brandenburg deutlich verbessert, ein flächendeckendes Netz der Migrationssozialarbeit geschaffen und die Kommunen finanziell besser für diese Aufgabe ausgestattet. Darüber hinaus haben wir im vergangenen Jahr die Beratungsstruktur auch auf anerkannte Geflüchtete ausgeweitet und gerade eine kommunale Integrationspauschale eingeführt, die den Kommunen zusätzliche finanzielle Spielräume für die Integrationsarbeit ermöglicht. Beide Instrumente, die bisher befristet angelegt sind, wollen wir verstetigen.

Integration ist nicht von heute auf morgen zu erledigen. Integration braucht Zeit, flexible, den Bedürfnissen angepasste Angebote und gute Bedingungen. Bei der Integration in Arbeit kommt es jedoch auch darauf an, den Geflüchteten die Unterstützung zu geben, die sie individuell benötigen, um den Anforderungen des jeweiligen Berufs gerecht zu werden.

Bei der Integration spielen ehrenamtliche Akteur\*innen eine wichtige Rolle. Ohne die vielen Aktiven in den Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen, den Vereinen und Verbänden wird Integration in die Gesellschaft nicht funktionieren. Mit dem Förderprogramm für Flüchtlingsinitiativen bei der Integrationsbeauftragten und den Fördermöglichkeiten des »Bündnisses für Brandenburg« sind wirksame Instrumente vorhanden, um landesseitig dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Es kommt nun darauf an, denjenigen, die zu uns gelangt sind, die Chance zu eröffnen, sich ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Brandenburgs Beratungsstruktur für Geflüchtete muss als Grundstein für wirksame Integrationsarbeit erhalten werden. Die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme ist so kurz wie möglich zu halten. Einer Verlängerung der derzeit maximal möglichen Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme werden wir uns auch weiterhin widersetzen. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen ausreichend Sprachkurseangebote, eine Beschulung aller Kinder und berufliche Qualifizierungsangebote stattfinden, um direkt nach der Ankunft den Grundstein für eine gute Integration zu legen. Die von uns erfolgreich erstrittene unabhängige Beratung Geflüchteter in allen Erstaufnahmeeinrichtungen werden wir während der Einführung kritisch begleiten und deren Wirksamkeit und Finanzierung sicherstellen.

Mit speziellen Qualifizierungsangeboten, die sich am tatsächlichen Fachkräftebedarf insbesondere im Bereich sozialer und gemeinnütziger Arbeit orientieren, wollen wir auch Langzeiterwerbslosen und Migrant\*innen eine dauerhafte Integration in Arbeit erleichtern. Breitensport erhöht die Lebensqualität und fördert gesunde Lebensweisen sowie das Miteinander. Die Sportvereine fördern die gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen – auch von Geflüchteten und Menschen mit Handicaps. All das muss ausgebaut und gestärkt werden. Mit dem Sportförderungsgesetz besteht seit Jahren eine Grundlage dafür, dass der organisierte Sport die erforderliche Unterstützung erhält. Wir werden uns weiterhin für eine angemessene Finanzausstattung des Sports einsetzen. Außerdem wollen wir die Vereine dabei unterstützen, Geflüchtete in alle Bereiche des Vereinslebens einzubeziehen. Die Sportvereine und ihre Mitglieder sollen für die interkulturelle Arbeit sensibilisiert werden.

*Unsere Forderungen:*

*Wir fordern die Einführung von Kinderfreibeträgen bei den Sozialversicherungsbeiträgen und eine Kindergrundsicherung.*

*Wie will sich Ihre Partei in der Bundespolitik dafür einsetzen?*

DIE LINKE fordert eine Anhebung des Kindergeldes von derzeit 192 Euro pro Monat für das 1./2. Kind auf einheitlich 328 Euro pro Monat und Kind. Der Betrag von 328 Euro entspricht dem maximalen Steuervorteil, der sich aus den kindbezogenen Freibeträgen (Kinderfreibetrag und Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf) im geltenden Einkommensteuertarif ergibt. Dabei wurde eingerechnet, dass wir im Vergleich zum geltenden Recht von einem höheren sächlichen Existenzminimum für Kinder ausgehen (vgl. Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13.12.2016, Bundestags-Drucksache Nr. 18/10628 <http://dserver.bundestag.btg/btd/18/106/1810628.pdf> - Kinder und Familien von Armut befreien - Aktionsplan gegen Kinderarmut; unter II.3. b)). Das höhere sächliche Existenzminimum würde im derzeitigen System zu einem höheren Kinderfreibetrag führen. Auf diese Weise erreichen wir, dass uns steuerlich alle Kinder gleich viel wert sind. Die bisherigen kindbezogenen Freibeträge werden überflüssig und können somit gestrichen werden. Zum anderen wird dadurch auch die verfassungsrechtliche Vorgabe erfüllt, wonach das Einkommen in Höhe des kindlichen Existenzminimums (= sächliches Existenzminimum + Betreuungs- und Erziehungsbedarf) nicht besteuert werden darf.

Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro. Die Kindergrundsicherung wird entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie soll Kinder und Jugendliche aus der verdeckten Armut und dem Stigma von Hartz IV-Leistungen herausholen. Sie setzt sich zusammen aus einem monetären Grundbetrag und einem Betrag, der die Mängel der Infrastruktur für Kinder ausgleichen soll. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität, Kultur und Freizeitangebote nicht nur, aber zuallererst für Kinder kostenfrei zur Verfügung stehen. Wenn diese soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche geschaffen ist, kann die Kindergrundsicherung um den entsprechenden Betrag reduziert werden.